

SP fordert ein Verbot für Steuersenkungen

Partei will Moratorium für die nächsten Jahre – Bürgerliche winken ab

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Lage ist düster. Angesichts der roten Zahlen beim Bund und finsterner Prognosen auch wegen der Frankenstärke gilt für die Bürgerlichen: Sparen, Deregulieren, Bürokratie abbauen. Auch der Bundesrat sieht Handlungsbedarf. Rund 1,3 Milliarden Franken will er ab 2016 einsparen. Im Visier sind etwa die stetig wachsenden Ausgaben für Personal und Externe. 330 Millionen sollen hier gekürzt werden, mindestens die Hälfte davon beim Personal.

Den Bürgerlichen aber reicht das noch lange nicht. Um die Wirtschaft zu entlasten, sei etwa die Stempelsteuer abzuschaffen ebenso wie die Besteuerung landwirtschaftlicher Grundstücke oder bürokratische Hürden beim Meldeverfahren – das bedeutet allerdings hohe Mindereinnahmen für den Bund, womit der Spardruck weiter steigt.

Der SP geht das alles zu weit. Für den Legislaturfinanzplan 2017–2019 fordert die Bundeshausfraktion daher ein Steuersenkungsmoratorium. «In diesen Jahren sollen keine Steuersenkungen möglich sein», sagt die Berner Nationalrätin Margret Kiener Nellen. «Wir wollen damit Gegensteuer zu den Abbauplänen der Bürgerlichen geben.» Das sei zwingend, um einen Konsens in der Finanz- und Steuerpolitik zu erreichen. «Es braucht einen Marschhalt. Wir müssen auf die Bremse treten.»

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit konzentrierte sich voll und ganz auf die Ausgabenseite, kritisiert die SP. Das

habe auch Konsequenzen für die Kantone und Gemeinden: Abbaufolgen und Kostenüberwälzungen seien zu erwarten. «Die Bürgerlichen sind spürbar nervös», kommentiert SP-Finanzpolitikerin Kiener Nellen. «Dabei ist die Schweiz im Vergleich zum Ausland noch immer in einer sehr komfortablen Lage.»

Für die SP ist klar: Eine nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik ist nur unter Einbezug der Einnahmeseite zu erreichen. «Alles andere ist der Schweiz als einem der zehn finanzstärksten Länder der Welt nicht würdig», schreibt die SP in ihrem Vorstoss. Auch würde ein schonender Umgang mit dem Bundespersonal, der Bevölkerung sowie dem Klima- und Umweltschutz vernachlässigt. «Wir wollen eine nachhaltige Steuerpolitik und dafür sorgen, dass die sozialen Rahmenbedingungen eingehalten werden», sagt Kiener Nellen.

«Ein völlig untaugliches Mittel»

Um ihr Ziel zu erreichen, schlägt die SP einen Runden Tisch vor mit Parteien, Sozialpartnern sowie Kantons- und Bundesvertretern. «Die Schweiz hat noch immer sehr tiefe Steuersätze. Da verträgt es einen Marschhalt.» Als Beispiel für das geforderte Moratorium nennt Kiener Nellen den Konsens, den der damalige FDP-Finanzvorsteher Kaspar Villiger 1998 am Runden Tisch zum Stabilisierungsprogramm erreicht habe. «Man hatte sich darauf geeinigt, befristet auf Steuersenkungen zu verzichten», sagt sie. «Auch heute müssen wieder alle Seiten Kompromisse eingehen.»

Im bürgerlichen Lager kommt die Forderung nach einem Moratorium allerdings ganz schlecht an: «Das ist etwa derselbe Blödsinn wie die SVP-Forderung, fünf Milliarden für die Armee gesetzlich festzuschreiben», kommentiert der Luzerner CVP-Nationalrat Leo Müller. Für den Präsidenten der Finanzkommission ist das Moratorium ein «völlig untaugliches Mittel». Die Finanzpolitik brauche Handlungsspielraum, um reagieren zu können. Paradebeispiel sei hier der Entscheid der Nationalbank, die Euro-Mindestgrenze aufzuheben und der folgende starke Franken.

Das sieht Finanzpolitiker Roland Fischer genauso: Der Handlungsspielraum des Parlaments wäre viel zu stark eingeschränkt, sagt der Luzerner Grünliberale. So wäre es etwa nicht mehr möglich, eine Energie-Lenkungsabgabe einzuführen und zur Rückerstattung eine andere Steuer zu senken. Ansonsten aber sei die SP-Forderung ohnehin völlig unnötig. Die angespannte Finanzlage lasse Steuersenkungen derzeit wenig realistisch erscheinen. «Ich werde ein Moratorium sicher ablehnen», stellt Fischer klar. Im Parlament werde das kaum eine Chance haben.

Das sieht Kiener Nellen ganz anders: «Steuersenkungen sind für die Bürgerlichen immer ein Thema», sagt sie. «Derzeit überschlagen sie sich ja wieder mit Vorstössen.» Deshalb bleibt sie auch überzeugt von ihrer Forderung. «Wenn wir das Gefühl hätten, dass der Vorstoss chancenlos ist, hätten wir ihn nicht eingereicht», sagt Kiener Nellen.